

Beschluss des Kooperationsausschusses

lfd. Nr. 02/2023

Gegenstand	<p>Vereinbarung des Landes Hamburg und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) über die Schwerpunkte der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Landesebene nach § 18b Abs. 1 Satz 3 SGB II</p> <p>Ziel: Aktivierung von Langzeitleistungsbeziehenden</p>
------------	---

Beschlusstext	<p>Auf dem Hamburger Arbeitsmarkt sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie weiterhin zu spüren, zudem ist mit einer wirtschaftlichen Abkühlung in 2023 zu rechnen. Diese Entwicklung betrifft auch die Langzeitleistungsbeziehenden, die bereits vom letzten Beschäftigungsaufschwung nur unterdurchschnittlich profitieren konnten. Auch im Jahr 2023 ist daher von einer Fortsetzung der angespannten Situation auszugehen, zumal externe Faktoren, wie zunehmende Preissteigerungen weiterhin sowohl starke Auswirkungen auf das Einstellungsverhalten von Arbeitgebern als auch auf die Durchführung von Förderinstrumenten hat.</p> <p>Von 131.491.564 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Hamburg waren 85.888 Langzeitleistungsbeziehende. Mit einem Anteil von rund 65,3% an allen ELB stellen die LZB die größte Gruppe dar. Die Mehrzahl von ihnen weist eine nicht marktnahe Integrationsprognose auf (Quelle: BA-Statistik - Grundsicherung für Arbeitsuchende, Berichtsmonat: August 2022)</p> <p>Gemeinsames Anliegen von Jobcenter, Agentur für Arbeit und der Sozialbehörde ist es, die Langzeitleistungsbeziehenden unter den aktuellen Herausforderungen nicht aus den Augen zu verlieren. Die in den letzten Jahren erfolgreich begonnenen Prozesse gilt es fortzusetzen. Langzeitleistungsbeziehende sollen auch im Rechtskreis des SGB II im Rahmen der Weiterbildungsförderung gemäß §§ 81ff SGB III profitieren. Insbesondere soll ihnen die Teilnahme an längeren Weiterbildungsmaßnahmen, auch</p>
---------------	--

abschlussbezogenen Weiterbildungen, ermöglicht werden. Dies gilt immer, wenn festgestellt wird, dass die Weiterbildung notwendig und geeignet ist, um sie nachhaltig beruflich einzugliedern oder ihre Vermittlungschancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt so signifikant verbessert werden können. Dabei sind entsprechend der Bedarfslagen der Zielgruppe auch Aktivitäten zur schrittweisen Heranführung an eine Weiterbildung zu prüfen und vorzunehmen. Hierzu gehört auch die Unterstützung beim Erwerb von benötigten Grundkompetenzen.

Zur Unterstützung der Zielgruppe werden Coaches zur Begleitung/Beratung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Qualifizierungsmaßnahmen einbezogen, um den Maßnahmeerfolg zu sichern. Der mit dem Konzept des Sozialen Arbeitsmarktes im gemeinsamen Arbeitsmarktprogramm eingeschlagene Weg wird fortgesetzt.

Gestützt auf die Instrumente der Arbeitsgelegenheiten (AGH), Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (ELA - § 16e SGB II) und Teilhabe am Arbeitsmarkt (TAM - § 16i SGB II) flankiert durch den Landes-ESF sowie Tagwerk wurden Beschäftigungsmöglichkeiten für sehr arbeitsmarktferne Personen geschaffen. Ziel ist es, die geförderten Personen über einen längeren Zeitraum zu stabilisieren und an die Anforderungen der Arbeitswelt heranzuführen, so dass sie eine realistische Chance auf langfristig möglichst nachhaltige Eingliederung haben. Die Chancen, die diese Angebote insbesondere auch im Sinne einer gesellschaftlichen Teilhabe für arbeitsmarktferne LZB bieten, sollen auch weiterhin umfassend genutzt werden. Die vorhandenen Angebote sollen gemeinsam fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Die Integrationsstrategien sollen ganzheitlich und stärker an den individuellen Bedarfen ausgerichtet sein. Ein entsprechender Schwerpunkt in der Förderung soll verfolgt werden. Hierzu gehört auch, dass der Zugang zur Beratung durch das Jobcenter insbesondere für diese Gruppe weiterhin möglichst niedrigschwellig und zielgruppengerecht gestaltet wird.

Die sich aus den Instrumenten des Teilhabechancengesetzes - Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II) und Teilhabe am Arbeitsmarkt (§ 16i SGB II) - ergebenden Möglichkeiten sollen zur Verbesserung

der Integrationschancen von Langzeitarbeitslosen und Langzeitleistungsbeziehenden umfassend genutzt werden und alle Arten von Arbeitgebern einbeziehen. Insbesondere für die Realisierung von Teilhabeeffekten sind die Anforderungen der jeweiligen Arbeitgeber mit der Leistungsfähigkeit der potenziellen Teilnehmenden genau abzugleichen. Daher arbeiten Jobcenter team.arbeit.hamburg und die zuständige Fachbehörde bei der Auswahl geeigneter Beschäftigungsfelder eng zusammen. Es gilt, hier auch weitere Arbeitgeber insbesondere aus der Privatwirtschaft zu gewinnen.

Die Verknüpfung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen mit kommunalen Eingliederungsleistungen gemäß § 16a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) - insbesondere der psychosozialen Betreuung - wird fortgeführt.

Mit der Einführung des Bürgergeldes (des 12. SGB II-ÄndG - Bürgergeldgesetz) ist eine umfassende Weiterentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende verbunden. Wie sich u.a. die Weiterentwicklung des Eingliederungsprozesses, die Abschaffung des Vermittlungsvorrangs, die Einführung eines Bürgergeldbonus, die verbesserten Anreize für eine berufliche Weiterbildung und die ganzheitliche Betreuung ab Juli 2023 auswirken, bleibt angesichts des begrenzten Zeitraums in der zweiten Jahreshälfte abzuwarten. Unter dieser Prämisse vereinbaren das BMAS und die Sozialbehörde als Schwerpunkt der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in der Grundsicherung für Arbeitssuchende auf Landesebene nach § 18b Absatz 1 Satz 3 SGB II für das Jahr 2023, dass


- 1. die erfolgreichen Handlungsansätze zur Förderung von Langzeitleistungsbeziehenden auch unter den aktuellen Herausforderungen fortgesetzt werden,**
- 2. die Aktivierungsquote von Langzeitleistungsbeziehenden weiter in ihrem Verlauf beobachtet und analysiert wird und die Ergebnisse der Analyse genutzt werden, um die Aktivitäten noch besser auf die Bedarfe des lokalen Arbeitsmarktes einerseits und der geförderten Personen andererseits auszurichten,**

- 3. das Instrument der Förderung der beruflichen Weiterbildung dabei - soweit die persönlichen und rechtlichen Voraussetzungen vorliegen - verstärkt für Langzeitleistungsbeziehende einzusetzen ist und hierbei auch der Aspekt der Unterstützung beim Erwerb benötigter Grundkompetenzen in ausreichendem Maße berücksichtigt wird,**
- 4. vorhandene Förder- und Unterstützungsangebote für die Gruppe gemeinsam weiterentwickelt werden und ein möglichst niedrigschwelliger und zielgruppengerechter Zugang zur Beratung durch das Jobcenter gewährleistet wird,**
- 5. die Integrationsstrategien ganzheitlich und stärker an den individuellen Bedarfen ausgerichtet sein sollen. Ein entsprechender Schwerpunkt in der Förderung soll verfolgt werden,**
- 6. die Regelinstrumente der §§ 16e und 16i SGB II für arbeitsmarktfernere und sehr arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose und Langzeitleistungsbeziehende - soweit die jeweiligen persönlichen Voraussetzungen vorliegen - genutzt und Beschäftigungsoptionen eröffnet werden und die Inanspruchnahme beobachtet und analysiert wird (Teilnehmende, Arbeitgeber, Branchen, Abbrüche, Coaching etc.). Hierbei werden insbesondere Genderaspekte berücksichtigt, um eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Förderung sicherzustellen. Soweit die Förderung von Arbeitsverträgen ausläuft, ist durch geeignete Strategien betroffenen Personen eine Übergangs- oder Anschlussperspektive anzubieten; konzeptionelle Ansätze hierfür können z.B. aktive Arbeitgeberansprache sein oder ein spezifisches Coaching bzw. die Beratung der (ehemals) Geförderten im Jobcenter.**

Die Regionaldirektion Nord wird durch das BMAS über diesen Beschluss informiert und gebeten, diesen Schwerpunkt bei der Umsetzung der Grundsicherung auf Landesebene zu berücksichtigen.

	<p>Der Kooperationsausschuss wird sich gemäß § 18b Abs. 1 SGB II mindestens durch das Jobcenter team.arbeit.hamburg zu folgenden Terminen unterrichten lassen:</p> <ul style="list-style-type: none">• 2 Wochen vor der Sitzung des Kooperationsausschusses zur Entwicklung in der gemeinsamen Einrichtung und insbesondere zu ausgewählten erfolgreichen Maßnahmen und Steuerungsaktivitäten.
--	--

Berlin,



Hamburg, 18.4.2023



Ort, Datum

Dr. Bermig
Vertreter des BMAS

Dornquast
Vertreter der Sozialbehörde